

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU

Wirksames Präventionsnetzwerk gegen Radikalisierung junger Muslime

Ein Großteil der in Deutschland lebenden Muslime ist gut in die deutsche Gesellschaft integriert. Sie distanzieren sich eindeutig von Gewalt und verurteilen Hass aus religiösen Motiven. Mit einem bundesweiten Aktionstag am 19. September 2014 setzten die islamischen Religionsgemeinschaften in 2000 Moscheen ein deutliches Zeichen gegen Intoleranz und für ein friedliches Zusammenleben aller Religionsgemeinschaften. Bereits in einer Pressemitteilung vom 31.7.2013 verurteilten sie die Gewalt und Vertreibung von irakischen Christen durch die IS-Terrormiliz.

Auf der anderen Seite warnt das Bundesamt für Verfassungsschutz seit Jahren vor den Gefahren staatsfeindlicher und gewaltbereiter Muslime in Deutschland. Er sieht im „Islamismus“ die am schnellsten wachsende verfassungsfeindliche Strömung. In Bremen sind im Jahr 2013 etwa 440 Personen radikalen Gruppierungen zuzurechnen. Die Zahlen steigen seit 2011 an. Einige dieser Personen stellen eine enorme Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung für ganz Deutschland dar: Sie verherrlichen Terrorismus, verbreiten antisemitisches Gedankengut und werben aggressiv um junge Menschen. Im Zuge des syrischen Bürgerkrieges reisten bislang mehr als 300 gewaltbereite Muslime in Richtung Syrien aus, um dort Oppositionsgruppen im Kampf gegen syrische Regierungstruppen zu unterstützen. Das ist ein rasanter Anstieg: Vor nur einem Jahr waren es noch 60. Unter ihnen befinden sich auch immer mehr junge deutsche Konvertiten, die dann vor Ort in zum Teil professionell gemachten Propaganda-Videos andere Deutsche dazu aufrufen, sich ebenfalls dem Dihad anzuschließen. 20 von ihnen sind bereits getötet worden. Aus Bremen sind laut Verfassungsschutz bislang zehn Personen nach Syrien ausgewandert. Einige sind nach der Beteiligung an Kampfhandlungen wieder nach Deutschland zurückgekehrt. Die Entwicklung ist besorgniserregend, weil diese Personen eine terroristische Ausbildung durchlaufen haben könnten und mit dem erworbenen Wissen sowie dem Ziel der Begehung von Anschlägen nach Deutschland bzw. Bremen zurückzukehren. Diesen Extremisten sind mit allen rechtsstaatlichen Mitteln und mit Entschlossenheit zu begegnen. Das Verbot jeglicher Aktivitäten der Terrororganisation „IS“ in Deutschland, ist ein erster richtiger Schritt.

Daneben bedarf es eines Präventionsprogramms, um überhaupt das Abgleiten in Extremismus zu vermeiden. Eine De-Radikalisierung schafft man aber nur gemeinsam mit den islamischen Religionsgemeinschaften, sie sind ein Teil der Lösung. Insbesondere die Vertragsparteien des Staatsvertrages stehen in der Pflicht, gemeinsam mit den staatlichen Behörden eine nachhaltige Strategie zur Verhinderung und Eindämmung von Radikalisierungsprozessen unter Muslimen zu entwickeln. Das Ziel ist die frühzeitige Erkennung eines Abdriftens, um den betroffenen eine individuell angepasste Unterstützung anzubieten.

Familien, deren Kinder in die die gewaltbereite Szene abzugleiten drohen, sind in entsprechende Beratungsangebote miteinzubeziehen. Auch Lehrkräfte, oder Sozialarbeiter, die mit jungen Menschen arbeiten, brauchen dringend fachliche Anleitung um Rekrutierungsversuchen aus der radikalen Szene entgegenzuwirken. Andere Bundesländer, wie beispielsweise Hamburg, haben bereits begonnen Netzwerke zur Prävention und gegen die Anwerbung von Jugendlichen zu schaffen. Auch die Vereinten Nationen und die Europäische Kommission haben ihre Mitgliedsstaaten aufgefordert präventive Maßnahmen einzusetzen, um zu verhindern, dass sich junge Menschen den „IS“-Kämpfern anschließen und ihre Heimatländer verlassen. Vor diesem Hintergrund ist es auch in Bremen dringend erforderlich, ein Netzwerk gegen die Radikalisierung junger teilweise konvertierter Muslime aufzulegen.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) bis zum 31. Januar 2015 ein ressortübergreifendes Konzept zur Schaffung eines Präventionsnetzwerkes gegen die Radikalisierung von muslimischen Jugendlichen in Bremen zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
2. Für die Ausarbeitung des Konzeptes sollen erfahrende Akteure aus den Bereichen Soziales und Inneres, Vertreter der islamischen Religionsgemeinschaften, Vertreter aus Schulleitungen der Sek I und II sowie Experten aus der Bildungsbehörde einbezogen werden.
3. Das Konzept soll dabei mindestens folgende Aspekte berücksichtigen:
 - a. Entwicklung von Leitlinien zur Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen für Mitarbeiter verschiedener Behörden und Institutionen, die in Kontakt mit jungen Menschen stehen;
 - b. Schaffung von ggf. mehrsprachigen und mobilen Beratungsmöglichkeiten für Angehörige, Jugendliche und zivilgesellschaftliche Akteure;
 - c. Vernetzung dieser Akteure und Festlegung von Ablaufketten für auffällige Jugendliche;
 - d. Schaffung eines Aussteigerprogramms für radikalisierte Muslime.
4. der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) bis zum 31. Januar 2015 ein Finanzierungskonzept mit klaren Ressortzuständigkeiten für das Präventionsnetzwerk gegen Radikalisierung von muslimischen Jugendlichen vorzulegen.

Dr. Oguzhan Yazici, Wilhelm Hinnert, Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion
der CDU